

# «Gut, dass der Bundesrat Klarheit schafft»

Die Schweiz bricht die Verhandlungen über das Rahmenabkommen ab: Ostschweizer Bundespolitiker reagieren begeistert bis besorgt.

Adrian Vögele

Jetzt steht es fest: Das institutionelle Rahmenabkommen der Schweiz mit der EU, kurz InstA, ist gestorben. Nach sieben Jahren des Tauziehens hat der Bundesrat die Verhandlungen am Mittwoch für beendet erklärt, ohne den Vertrag zu unterschreiben – die Differenzen seien zu gross. Grosse Meinungsverschiedenheiten gibt es etwa beim Lohnschutz und dem Zugang zur Sozialhilfe für EU-Bürger. Der Bundesrat will sich nun darauf konzentrieren, die bilateralen Verträge zu sichern. Eine Option sind autonome Anpassungen durch die Schweiz: Das Justizdepartement unter der Führung von Karin Keller-Sutter soll abklären, in welchen Bereichen eine rechtliche Angleichung von Schweizer Recht ans EU-Recht allenfalls sinnvoll wäre. Der Bundesrat spricht sich auch dafür aus, dass das Bundesparlament die sogenannte Kohäsionsmilliarde an die EU freigibt.

## Rechsteiner: «Abbruch ist der logische Schritt»

Was sagen Ostschweizer Parlamentsmitglieder zum Ende des Rahmenvertrags? Der St.Galler SP-Ständerat Paul Rechsteiner war in früheren Jahren als damaliger Gewerkschaftschef direkt in die Gespräche über das Abkommen involviert gewesen – und hatte den Entwurf bereits früh kritisiert. Die rote Linie beim Lohnschutz sei überschritten, der Vertragsentwurf nicht überlebensfähig, sagte er im vergangenen Herbst. Den jetzigen Entscheid des Bundesrats begrüsst Rechsteiner. «Basis für ein gutes bilaterales Verhältnis der Schweiz zur EU ist ein starker, eigenständiger, nicht-diskriminierender Lohnschutz»,



Stunde Null in der Europapolitik: Der Bundesrat hat den Rahmenvertrag beerdigt. Bild: Gaëtan Bally/Keystone

sagt der SP-Ständerat. Hierzu sei in den Verhandlungen keine Lösung zustande gekommen. Der Schritt des Bundesrats, die Verhandlungen abzubreaken, sei die logische Folge. «Es ist gut, dass der Bundesrat nun Klarheit geschaffen hat.» Wichtig sei nun zugleich, dass die Schweiz die Kohäsionsmilliarde freigebe, sagt Rechsteiner – «dies als positives Zeichen an die EU».

## Caroni: «Lieber ein Ende mit Schrecken»

Die FDP bedauert in einem Communiqué den Beschluss des Bundesrats und sorgt sich um

den Wohlstand der Schweiz. Der Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni versucht das Positive zu sehen. Sein Kommentar zum Abbruch der Verhandlungen: «Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.»

Die EU sei leider nicht bereit gewesen, der Schweiz in wichtigen Punkten weiter entgegenzukommen. «Daher ist es ehrlicher, wenn man sich eingesteht, mit dem InstA in der Sackgasse zu stehen. So können wir aus dieser Verhandlungssackgasse wieder raus und andere Wege beschreiten.» Die Schweiz müsse sich nun als erstes «innerstaatlich stärken», so Caroni,

dann zweitens die «Vernetzung mit andern Weltgegenden» ausbauen und drittens auch mit der EU neue Wege suchen. Dazu könne ein thematisch beschränktes «InstA light» gehör-

en, das nur diejenigen Verträge betreffe, die beide Parteien anpassen wollen.

## Enttäuschung bei Mitte und Grünen

Nicht zufrieden mit dem Schritt des Bundesrats ist der St.Galler Mitte-Ständerat Benedikt Würth. Die Kantone hätten einen Abbruch der Verhandlungen abgelehnt, ebenso die aussenpolitischen Kommissionen des Bundesparlaments. Würth selber hatte im April eine Alternative vorgeschlagen: Die Schweiz und die EU sistieren den Rahmenvertrag vorerst und legen einige Grundsätze fest. Zu den Konzessionen der EU hätte laut Würths Vorschlag gehört, dass es keine «Straffaktionen» gegen die Schweiz gibt, beispielsweise bei der Forschungszusammenarbeit. Zu den Konzessionen der Schweiz hätte gehört, dass sie die Kohäsionsmilliarde zahlt – und bei der umstrittenen Acht-Tage-Regel ein Stück weit nachgibt. Nach dem Abbruch der Verhandlungen sagt Würth: «Der Bundesrat muss sehr rasch konkretisieren, wie er den bilateralen Weg aussenpolitisch stabilisieren will. Hier liegt eigentlich noch nichts vor.» Ob der Verhandlungsabbruch nun direkt zu negativen Folgen für die Schweiz führen werde, sei schwer abzuschätzen, sagt Würth. Mitte-

Präsident Gerhard Pfister hält in einer Medienmitteilung vom Mittwoch fest, es gelte nun, «Eskalationen auf beiden Seiten zu vermeiden».

Enttäuscht über den Abbruch der Verhandlungen ist auch der Thurgauer Nationalrat Kurt Egger (Grüne). In den vergangenen Monaten sei ein gewisser Aufwind für das Rahmenabkommen spürbar gewesen. «Es ist für mich schwer verständlich, dass der Bundesrat das Abkommen jetzt einfach abschiesst.» Die Gefahr, dass sich die Beziehungen zur EU weiter verschlechtern würden und die Schweiz Nachteile in Kauf nehmen müsse, sei real.

## SVP freut sich und glaubt nicht an «Horroszenarien»

In Feierlaune ist hingegen die SVP. «Freude herrscht!», sagt die St.Galler Nationalrätin Esther Friedli. «Endlich hat der Bundesrat einen klaren Entscheid getroffen und die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU abgebrochen. Das Rahmenabkommen wäre mit der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Schweiz nicht vereinbar und wäre ein Unterwerfungsvertrag gewesen.»

Auch Roland Rino Büchel (SVP/SG) zeigt sich zufrieden: «Immer mehr Leute in der Schweiz haben begriffen, dass wir diesen Vertrag nicht unterschreiben dürfen.» Dies vor allem wegen der Rechtsübernahme. Dass die EU die Schweiz jetzt drangsalieren wird, glaubt Büchel nicht. «Das sind Horroszenarien. Eher das Gegenteil dürfte der Fall sein.» Da die Verhandlungen beendet seien, habe die EU keinen Grund mehr, die Schweiz im Hinblick auf ein Verhandlungsergebnis unter Druck zu setzen.



Paul Rechsteiner, St. Galler SP-Ständerat. Bild: KEY



Esther Friedli, St. Galler SVP-Nationalrätin. Bild: KEY

# «Diese Belehrungen sind mehr als irritierend»

Die Vorwürfe der Spitalkämpfer an die Adresse der Regierung waren happig. Nun kontert Ständerat Beni Würth.

Die Kämpfer für das Spital Wattwil haben vor wenigen Tagen die St. Galler Regierung harsch attackiert. Sie missachte den Volkswillen. Was steht hinter diesem Vorwurf? Regierung und Kantonsparlament wollen das Toggenburger Spital schliessen. Sie wollen deshalb auch darauf verzichten, weitere Millionen ins Spital Wattwil zu investieren und das 2014 vom Volk bewilligte Bauvorhaben nicht zu Ende führen. Damals waren Investitionen von 85 Millionen genehmigt worden, 63 Millionen sind inzwischen verbaut.

Das Referendumskomitee hält dagegen und argumentiert: Das Volk habe damals der Erneuerung und Erweiterung eines Spitals zugestimmt. Es liege auf der Hand, dass es nicht nur Ja zu einer Gebäudehülle gesagt habe, sondern eben auch zum Betrieb eines Spitals.

Nun reagiert Ständerat Beni Würth auf die Ausführungen des

Referendumskomitees. Es sei demokratisches Recht, das Referendum gegen den Beschluss des Kantonsparlaments zu ergreifen. «Die demokratiepolitischen Belehrungen sind allerdings mehr als irritierend.»

## Die «Preisschilder» sind heute andere

Würth stimmt dem Komitee zu: «Natürlich trifft es zu, dass die Bevölkerung die seinerzeitige Bauvorlage guthies und damit auch Ja sagte zu einem Spitalbetrieb.» Doch was das Referendumskomitee «völlig» verschweige, sei die Finanzierung, die der damaligen Abstimmungsvorlage zugrunde gelegen habe.

Würth kennt diese und auch das Abstimmungsbüchlein von 2014: Er gehört von 2011 bis Ende Mai 2020 der St. Galler Regierung an. Er zitiert drei Stellen aus dem Abstimmungsbüchlein: «Die Spitalbauprojekte

sind für den Kanton finanziell tragbar, und die Spitalunternehmen können die höheren Nutzungsschädigungen finanzieren», «Nach spätestens 33 Jahren sind die Abschreibungen und Zinskosten vollumfänglich rückfinanziert» und «Die Beschaffung der Mobilien sowie der medizintechnischen Anlagen und Einrichtungen ist Sache der Spitalregion und in den Baukosten nicht enthalten.»



Ständerat Beni Würth, bei Verabschiedung der Spitalbotschaft, St. Galler Finanzchef. Bild: KEY

Heute sei klar: «Die Preisschilder und Finanzierungszusagen, die der Bevölkerung damals präsentiert wurden, stimmen in keiner Weise mit der Entwicklung und der heutigen Realität im Spitalwesen überein», so Würth. Und er fährt fort: «Wirtschaftlichkeit allein ist nicht Selbstzweck. Sie ist eng an die Qualität gekoppelt.» Die Leistungsfähigkeit im Spitalwesen habe einen direkten Zusammenhang mit der kritischen Grösse eines Betriebs. Nur Spitäler mit einer gesunden Grösse seien in der Lage, die notwendigen Fachkräfte zu rekrutieren.

## «Das kann nicht verantwortet werden»

Würth ist denn auch überzeugt: Es brauche eine grundlegende Reform des Spitalwesens – im Kanton St. Gallen wie auch in der übrigen Schweiz. «Orientierung am Status quo bedeutet massive finanzielle Belastungen

für den Kanton – sprich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – bei gleichzeitig sinkender Sicherheit und Qualität.» Dies könne weder wirtschaftlich noch gesundheitspolitisch verantwortet werden. Und schränke letztlich die Handlungsfähigkeit des gesamten Kantons deutlich ein, was die Standortgunst erheblich schmälere.

Die Abstimmung über den Nachtrag zum Kantonsratsbeschluss über die Erneuerung und Erweiterung des Spitals Wattwil findet am 13. Juni statt. Das Referendumskomitee kämpft für ein Nein. Ihm gehören SP, Gewerkschaften und Toggenburger Gruppierungen an. Für ein Ja sind SVP, CVP, FDP, Grüne, Grünliberale und EVP, die Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell sowie die Mehrheit der Ärztinnen und Ärzte im Toggenburg.

Regula Weik

## Grüne Kandidatin gescheitert

**Vizepräsidentium** Das Thurgauer Kantonsparlament hat zurzeit keine Vizepräsidentin. GP-Kantonsrätin Karin Bétrisey, gemeinsame Kandidatin der GP und SP, erhielt in zwei Wahlgängen jeweils nur 51 Stimmen und verpasste das absolute Mehr von 63 Stimmen. Im ersten Wahlgang wurde Bétrisey von ihrem Parteikollegen Toni Kappeler überflügelt, auf den 60 Stimmen entfielen. Dieser erklärte, dass er nicht zur Verfügung stehe und die Wahl ablehnen würde. Im zweiten Wahlgang erhielt er immer noch 38 Stimmen. Darauf wurde die Wahl des Vizepräsidentiums auf die nächste Sitzung verschoben. Bei der Auswahl ihrer Kandidatur hatten die Grünen in den Augen vieler bürgerlicher Parlamentarier keine glückliche Hand. Die im Rat polarisierende und auch seit Jahren mit der Behörde ihrer Wohngemeinde im Clinch liegende Karin Bétrisey wurde als Kandidatin im Vorfeld der Wahl rundweg abgelehnt. (red)